

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

p/XXIV/221

Bonn, den 18. November 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Strategie der Friedenssicherung</u> Zur Aktivierung der deutschen Ostpolitik	84
2	<u>Der Wert von Vorsorgemaßnahmen</u> Schluckimpfung spart Millionen ein	31
3 - 4	<u>Sowjetunion und Prager Zeitungen</u> Sowjeteinfluß auf Prager Zeitungsredaktionen Nur mit den sowjetischen Filzen klappt es noch nicht so richtig Von Igor Valentin	69

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Entspannungspolitik frei von Illusionen
An der Einheit der Nation orientieren
Arbeitsbeginn des Arbeitskreises für Heimatvertriebene und Flüchtlinge
Konstituierung der Ausschüsse
Für Rentner kein Beitrag mehr zur Krankenkasse
Ostdeutsches Kulturgut lebendig erhalten
Für Schäden an der Zonengrenze aufkommen
Dem Erbe Josef Seligers verpflichtet
Ruth Hoffmann schrieb Autobiographie
Bildhauer Eichler +

Strategie der Friedenssicherung

Zur Aktivierung der deutschen Ostpolitik

sp - Mehr als die Regierung der Großen Koalition - es gab bei den Unionsparteien zu viele retardierende Elemente - es zu tun vermochte, wendet die neue Bundesregierung Brandt-Scheel ihre Aufmerksamkeit der Ordnung ihrer Beziehungen mit den östlichen Staaten zu. Hier ziehen FDP und SPD an einem Strang, hier gibt es innerhalb dieser Parteien keine bremsenden und hemmenden Kräfte. Es gibt auch keine Illusionen. Der Weg, den es zu beschreiten gilt, ist steinig und mit vielen Hindernissen belastet; ihn durchzustehen, bedarf es großer Geduld und zäher Beharrlichkeit.

Das beherrschende Thema zwischen der Bundesrepublik und den Staaten des Warschauer Paktes bleibt das Angebot eines Gewaltverzichts als Bestandteil einer zu erstrebenden europäischen Friedensordnung. Dieses Angebot gilt auch für die DDR, was dort allerdings noch nicht ganz zur Kenntnis genommen wird. Die Bereitschaft der Bundesregierung, mit der DDR in Verhandlungen ohne gegenseitige Diskriminierung einzutreten, in denen über alles gesprochen werden könnte, nur nicht über die Verewigung der deutschen Spaltung, mitvollzogen durch deutsche Unterschriften, fand bisher in Ostberlin noch keine entsprechende Resonanz. Es gibt auch dort die Tauben und die Falken, die Verständigungswilligen und die Scharfmacher, es gibt Kräfte, die den Kalten Krieg auf deutschem Boden durch Aufwerfung neuer Schützengräben neu beleben möchten.

Auf lange Sicht gesehen stehen diese Kräfte auf verlorenem Posten. Sie beschwören die Geister der Vergangenheit und versperren sich dabei der Zukunft. Die Zukunft verlangt von allen, die sich verantwortlich für ihr Volk und für die Menschheit fühlen und danach handeln, ein Neudenken, das gleichbedeutend ist mit dem abstreifen bisheriger Denkgewohnheiten. Für Amerikaner und Sowjetrussen, die in Helsinki am Anfang eines langen Dialogs stehen, von dessen Ausgang das Schicksal der lebenden Generationen abhängt, hat dieses Neudenken und Neubesinnen schon begonnen; sie, die beiden Supermächte, die sich auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges als Hauptgegner betrachteten, bemühen sich als Suchende gemeinsame Interessen zu entdecken, die ihre Rivalität mindert. Denn sie wissen, was auf dem Spiele steht.

Die neue Bundesregierung stellt sich diesen Bemühungen nicht quer, sie betrachtet sie nicht mit Mißtrauen. Sie erhofft einen guten Ausgang von diesen Gesprächen. Um sie zu erleichtern und auch sich selbst von Ballast zu befreien, wird die Bundesrepublik bald ihre Unterschrift unter den Atomsperrvertrag leisten.

Die Regierung Brandt-Scheel hat außerdem die Staaten des Warschauer Paktes wissen lassen, daß sie bereit ist, die wirtschaftlichen

Beziehungen zu verstärken, die kulturellen Beziehungen weiter auszubauen und darüber hinaus auch alle jene Probleme zu besprechen, die im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung aller europäischen Völker stehen. Daß hierbei die Regierung der Sowjetunion unterrichtet wird und eingeschaltet bleibt, ist eine Selbstverständlichkeit.

Alle diese Maßnahmen und Initiativen, in die auch die DDR einbezogen ist, sollen der Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonferenz dienlich sein. Hierbei geht die Bundesregierung von der Überlegung aus, daß eine solche Sicherheitskonferenz nicht mit Problemen belastet werden sollte, die vernünftigerweise schon im Vorfeld und im Interesse aller Beteiligten gelöst werden könnten.

Es steht auch nirgendwo geschrieben, daß der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa nicht auch auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen EWG und COMECON erfolgen könnte. In beiden Wirtschaftsbereichen besteht bereits eine weitgehende innere Synchronisierung der Volkswirtschaften, so daß man sowohl bilateral als auch multilateral zu Ergebnissen gelangen könnte, die den gemeinsamen Interessen dienen.

Im Hintergrund aller dieser Bemühungen steht natürlich für die Bundesregierung das Bestreben, den Frieden in Europa sichern zu helfen und die Völker von dem Alpdruck neuer bewaffneter Auseinandersetzungen und schon unvorstellbar gewordenen finanzieller Belastungen zu befreien, denen sie durch einen längst sinnlos gewordenen Rüstungswettlauf ausgesetzt sind.

Wenn man will, kann man die derzeit anlaufenden vielfältigen Initiativen der neuen Bundesregierung mit dem Kennwort "Strategie der Friedenssicherung" bezeichnen. Diese Strategie fügt sich nahtlos in den Wunsch des neuen Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav W. Heinemann ein, der gleich zu Beginn seiner Amtszeit die Bundesregierung aufgefordert hat, der Friedensforschung und damit der Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt durch eigene Beiträge mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Wenn sich hier und dort auf diesem von der Regierung Brandt-Scheel vorgezeichneten Weg immer noch Mißtrauen zeigen sollte, dann wird sich in der Bundesrepublik trotzdem niemand entmutigen lassen. Systematischer Abbau der zwischen Ost und West in Europa seit Jahrzehnten aufgebauten Mauer des Mißtrauens ist und bleibt die Aufgabe der deutschen Politik.

+ - +

Der Wert von Vorsorgemaßnahmen

Schluckimpfung spart Millionen ein

kr - Es werde eine Aufgabe der nächsten Zeit sein, den gesundheitspolitischen Erkenntnissen bei der Gestaltung der Haushaltspläne der öffentlichen Hand Rechnung zu tragen. Der Begriff der Investitionspolitik müsse auch im Bereich der Gesundheitsvorsorge verankert werden.

Diese Auffassung vertrat jüngst der niedersächsische Sozialminister Kurt Partzsch (SPD), der ein noch immer nicht ganz erkanntes Problem aufgriff. Denn die Mittel, die für die Gesundheitsvorsorge in öffentlichen Haushalten eingesetzt werden, reichen nicht aus.

"Es gibt schon jetzt viele Aufgaben, bei denen die Amortisation der in der Vorsorge investierten Haushaltsmittel rechnerisch nachgewiesen werden kann", meinte der niedersächsische Sozialminister.

Ein geradezu klassisches Beispiel für die volkswirtschaftliche Bedeutung gesundheitspolitischer Investitionen ist die Schluckimpfung gegen die Kinderlähmung. Das niedersächsische Beispiel kann in diesem Zusammenhang als Charakteristikum für alle Bundesländer bezeichnet werden:

Vor Beginn der Schluckimpfungsaktion im Jahre 1961/62 waren jährlich in Niedersachsen rund 85 solcher Krankheitsfälle mit bleibenden Lähmungserscheinungen zu verzeichnen. Für Behandlung, Rehabilitation und Betreuung jedes Gelähmten müssen rund 300.000 DM aufgebracht werden. Die aufzubringende Gesamtsumme für diese bedauernswerten Kranken betrug rund 25 Millionen DM pro Jahr.

Seit Beginn der Schluckimpfung ging die Zahl der Krankheitsfälle auf einige wenige zurück. Die öffentlichen Mittel, die für die Schluckimpfung in Niedersachsen in allen Jahren seit 1961/62 flüssig gemacht werden mußten, betrugen lediglich 5 Millionen DM.

Aus diesem Zahlenvergleich läßt sich eindeutig der wirtschaftliche Wert gezielter Vorsorgemaßnahmen ableiten, was schließlich allen Beteiligten Institutionen Anlaß geben sollte, noch mehr Gelder in den öffentlichen Haushalten für solche Zwecke einzuplanen.

Für die Gesundheitsvorsorge kann niemals genug getan werden.

Sowjetunion und Prager Zeitungen

Sowjeteinfluß auf Prager Zeitungsredaktionen

Nur mit den sowjetischen Filmen klappt es noch nicht so richtig

Von Igor Valentin, Prag

Eine intensivere Beachtung von Berichten und Nachrichten aus der Sowjetunion ist in den Prager Zeitungen trotz aller offiziellen Kontakte zwischen Prag und Moskau während der letzten Wochen nur sehr langsam in Gang gekommen. Über die offiziellen Vereinbarungen und freundschaftlichen Besuche wurde zwar stets korrekt und gut plaziert berichtet, bei den sonstigen täglichen Berichten jedoch kam für die vom heutigen Prager Regime ohne Zweifel gewünschte stärkere Propagierung der Sowjetunion nicht allzuviel heraus. Offenbar werden die Prager Zeitungen jetzt mit Nachrichten aus und über die Sowjetunion stärker "gefüttert", wobei den "Linientreuen" Redakteuren in den Prager Redaktionen die mannigfachen Feiern der Oktoberrevolution zu Hilfe kamen.

Zu diesem Zeitpunkt - in der ersten Novemberwoche - war es der Prager Abendzeitung "Vecerni Praha" immerhin möglich, in einer Nummer gleich zwei sowjetnahe Berichte in größerer Aufmachung zu bringen. In Prag war der viermillionste sowjetische Tourist eingetroffen, und zwar im Rahmen der seit dem Jahre 1956 vom Prager Cedok und den Moskauer Inturist organisierten gegenseitigen Besuchsfahrten zu bestimmten Zwecken des gegenseitigen Kennenlernens. Der viermillionste Besucher - solche gegenseitigen Besuchsreisen hatten sich erst in den letzten Jahren intensivieren lassen - war eine 54jährige Weberin aus einem Baumwollkombinat im Gebiet von Kalinin. Es gab für sie einen "großen Bahnhof" bei der Ankunft des Moskauer Schnellzugs im Prager Hauptbahnhof, einen Empfang im Ausländerhotel "Flora", eine Sonderfahrt zur Burg Karlstein und Erinnerungsgeschenke. Die sowjetische Reisegesellschaft besuchte den westböhmischen Kurort Mariánské Lázně und dann Textilbetriebe in Mähren. Der zweite sowjetnahe Bericht von "Vecerni Praha" galt den Möglichkeiten, wie man "auf Einladung" die Sowjetunion besuchen kann. Eine Neuerung besteht darin, daß tschechoslowakische Fachkräfte und Studenten, die sich mindestens drei Monate in der UdSSR aufgehalten haben, ihre Angehörigen und Bekannten zum Besuch der Sowjetunion einladen können. Über diese beiden sowjetnahen Ereignisse berichteten auch die übrigen Prager Zeitungen.

In der gleichen Woche widmete die deutsche Wochenzeitung "Prager Volkszeitung" ihren Leitartikel der Oktoberrevolution, stellte in einem großen Bericht fest, daß die UdSSR der größte Handelspartner der CSSR bleibe, ließ sehr ausführlich die Gesellschaften für Freundschaft mit der Sowjetunion in den Ostblockländern in Prag tagen und brachte einen fast ganzseitigen Bericht aus Kasachstan über die "Bändigung des Flusses Ili". Es werden auch Sowjetdeutsche genannt, die sich beim Bau des Staudamms und anderer Objekte hervorgetan haben, aber es bleibt dem Leser überlassen, nach den deutschen Namen festzustellen, daß es sich um Sowjetdeutsche handelt.

In ihrer Kulturrubrik war die "Prager Volkszeitung" bemüht, ihren Lesern die beiden sowjetischen Filme "Es kommt wieder ein Montag" und "Das Kaffeehaus zu den drei Pappeln" näherzubringen. Als in Prag erscheinende Zeitung fühlt sie sich anscheinend dazu verpflichtet, denn nach einer Pause von vielen, vielen Monaten tauchen in den Prager Kinoprogrammen sowjetische Filme nicht mehr nur sporadisch auf. In den 15 Prager Premierenkinos gab es in der ersten Novemberhälfte immerhin schon wieder drei sowjetische Filme und einen aus der tschechisch-sowjetischen Coproduktion, das Wenzelsplatz-Kino Uvezda (Stern) brachte "Wenn die Kraniche ziehen" in seinen Vorstellungen von 9.30 bis 17 Uhr, am Abend dann den tschechischen Film "Sechs schwarze Mädchen". Im Filmklub Praha 2 wurde der "Panzerkreuzer Potemkin" vorgeführt. Daneben läuft seit Wochen im Premierenkino Alfa der US-Filmschlagier "Grand Prix", wobei sich die Prager Kineasten tagelang vorher um die Karten anstellen. Die Bundesrepublik war in den Premierenkinos durch den Film "Die vollkommene Ehe" vertreten.

In den 36 Prager Reprisenkinos waren sowjetische Filme immerhin neunmal zu sehen; seit dem Vorjahr ist dies fast schon ein Rekord. Manche dieser Filme liefen nur drei Tage und es fehlte auch nicht der alte sowjetische Film "Wolga, Wolga". Besonders in den Prager Außenbezirken haben auch jetzt noch sowjetische Filme kein langes Leben, desgleichen in den Prager Vorstädten und Vorstadtsiedlungen. Selbst den energischen Dirigierungsmaßnahmen des heutigen Prager Regimes scheint es schwer zu fallen, hier einen Wandel herbeizuführen. Denn bereits vor dem Prager Frühling waren Prager Kinos gähnend leer, wenn sie einen sowjetischen Film ins Programm einsetzten.